

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

11.6.1894 (No. 157)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 11. Juni.

№ 157.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 11. Juni.

Nach den Versicherungen Bester Blätter soll die ungarische Ministerkrise nun doch ihren Abschluß durch die Bildung eines Kabinetts Welerle mit Szilagyi finden. Daß die Frage des Wiedereintritts Szilagyi's in die Regierung es war, welche die Krisis von Tag zu Tag verlängerte, ist allgemein bekannt. Wenn der Monarch also seine Zustimmung zu dem Eintritte Szilagyi's in die Regierung gab, so war das hauptsächlichste Hinderniß für die Zusammenstellung eines neuen Kabinetts aus dem Wege geschafft. Und diese Zustimmung soll Kaiser Franz Josef am Samstag nach einer abermaligen Unterredung mit Dr. Welerle erteilt haben. Herr Dr. Welerle theilte am Samstag dem Monarchen einen an diesem Tage gefaßten Beschluß der liberalen Partei mit, der, wie es in Bester Blättern heißt, „die von anderer Seite erfundenen Mißverständnisse beseitigt“ haben soll. Ueber diesen Beschluß ist folgendes zu berichten. Die liberale Partei des ungarischen Reichstags hatte am 2. Juni eine Resolution angenommen, des Inhalts, die Partei würde die Durchführung ihrer Grundzüge unter allen Umständen fordern und ihr Vertrauen nur einem solchen liberalen Kabinetts schenken, von dem sie die Durchführung ihres Programms mit Sicherheit erwarten kann. Diese Resolution hatte die Auslegung erfahren, als wolle die Partei das freie Recht des Monarchen zur Wahl seiner Rathgeber anfechten. Die Partei wurde deshalb auf Samstag von Daranyi, dem Urheber jener Resolution, zu einer außerordentlichen Konferenz einberufen, in welcher Daranyi erklärte, er wolle einer mißverständlichen Deutung seiner von der Parteikonferenz am 2. Juni angenommenen Resolution entgegenstellen. Er wünsche es ausgesprochen zu sehen, daß die liberale Partei mit ihrer Resolution in keiner Hinsicht an das Recht der Krone, die ihre eigenen Rathgeber zu wählen habe, rütteln wolle. Alle Liberalen seien vielmehr bereit, für die Rechte und das Ansehen der Krone jederzeit einzutreten. Die Partei begleitete diese Erklärung Daranyi's mit lang andauernden, lebhaften Aeußerungen der Zustimmung und erhob die Erklärung zum Beschluß. Diese Kundgebung der liberalen Partei wahrte also das Recht der Krone und erleichterte eine Verständigung. Von anderer Seite verlautet, der Honvedminister Fejervary und der am Samstag in Pest eingetroffene Erzherzog Josef seien bemüht gewesen, die Schwierigkeiten für die Bildung eines Kabinetts Welerle mit Szilagyi zu beseitigen. Es ist wohl auch wahrscheinlich, daß verschiedene Einflüsse gleichzeitig in derselben Richtung thätig gewesen sind. Die Krone konnte, ohne ihrer Autorität das Geringste zu vergeben, auch eine Ministerliste mit Szilagyi gut heißen; denn in dem Streitpunkte, der die ganze Verwicklung herbeigeführt hat, in der Frage des von ihr verweigerten Patentschubs, haben Welerle und Szilagyi nachgegeben, und wenn sie von Anfang an nicht auf dem Vorschlage beharrt hätten, den sie schließlich doch fallen ließen, so wäre eine Krisis gar nicht ausgebrochen. Es heißt nun, daß der Kaiser folgende Zusammenziehung des neuen Kabinetts genehmigt habe: Präsidium und Finanzen Welerle, Inneres Hieronymi, Justiz Szilagyi, Handel Lucas, Minister am königlichen Hoflager Graf Julius Andrássy, Minister für Kroaten Josipovich, Honved Fejervary, Unterricht Götvös. Darnach würden die meisten Mitglieder des bisherigen Ministeriums in ihre alte Stellungen wieder eintreten. Graf Julius Andrássy, der Sohn des ehemaligen Ministers, und Baron Götvös wären die beiden einzigen neuen Mitglieder des Kabinetts. Auch sie gehören der liberalen Partei an, so daß das homogene Wesen des Ministeriums gewahrt bliebe. Indessen muß doch erwähnt werden, daß die hier gegebene Darstellung der Lage lediglich auf Aeußerungen Bester Blätter beruht und daß eine amtliche Mittheilung in Bezug auf die Lösung der Ministerkrise noch nicht vorliegt. So lange eine solche amtliche Mittheilung fehlt, wird man vorsichtigerweise die oben angegebene Ministerliste noch nicht als endgiltig ansehen.

Deutschland.

Berlin, 9. Juni. Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland sind am Freitag Abend im Neuen Palais eingetroffen, wo höchstselbst einige Zeit zum Besuche der kaiserlichen Majestäten weilen dürften.

Der plötzlich aus dem Leben geschiedene Kommandant des Panzerschiffes 1. Klasse „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, Kapitän zur See Valette, trat am 21. April 1866 als Kadett in die kaiserliche Marine. Nachdem er bis zum Jahre 1878 Subalternoffizier gewesen, wurde

er am 15. April dieses Jahres zum Kapitänlieutenant befördert, in welcher Stellung er längere Jahre Inspektur auf dem damaligen Artillerieschiff „Renown“, Offizier in der Schiffsjungenabtheilung und erster Offizier der Glatteckstorvette „Nymph“ war. Am 19. März des Jahres 1885 wurde er zum Korvettenkapitän ernannt. In dieser Stellung war er erster Offizier auf dem Panzerschiff 3. Klasse „Bayern“ und auf einer größeren Reise Kommandant des Kreuzers 3. Klasse „Carola“. Als solcher nahm er unter dem Admiral Deinhardt an den Kämpfen gegen den Buschiri in Bangani, in Saadani und Bagamoyo in Ostafrika Theil und erwarb sich den Kronenorden 3. Klasse mit Schwertern. Am 2. April 1891 wurde Valette zum Kapitän zur See befördert und befehligte als solcher bis zum vorigen Jahre das Artillerieschiff „Mars“ in Wilhelmshaven. Nach Vollendung der Panzerschiffe 3. Klasse wurde er zum Führer der großen Probefahrtskommandos ernannt. Nachdem er in den Frühjahrsmonaten die Probefahrten des „Wörth“ geleitet hatte, stellte er in Wilhelmshaven in den verfloßenen ersten Maitagen den „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ zum gleichen Zweck in Dienst, auf welchem er infolge eines Herzschlages am 7. Juni gestorben ist. Auf dem Gebiete des Artilleriewesens hat Valette Bedeutendes geleistet.

Ueber die am Mittwoch zu Ende geführten Verhandlungen der Silberkommission geben die „Berl. Post“ Nachrichten folgenden Ueberblick: Es kommen im ganzen in Betracht die Vorschläge der Herren Königs, Peris, Neustadt und Arendt. Von diesen vier Vorschlägen liegen die der Herren Lexis und Königs darauf hinaus, eine beschränkte Aus- und Anprägung des vorhandenen Silbers in anderer Relation vorzunehmen und im übrigen an der hinkenden Goldwährung festzuhalten. Diese Vorschläge sind von sämtlichen Mitgliedern der Kommission mit Ausnahme der Antragsteller als bedenklich beziehungsweise als zur Erreichung des gewünschten Zieles ungeeignet bezeichnet worden. Der Herr Vorsitzende bemerkte zu dem Vorschlage des Professors Peris besonders, daß demselben wegen seiner feinen Durchdringung von vielen Seiten Anerkennung gezollt sei, daß aber die Aufgabe der Konferenz, Vorschläge zur Hebung und Befestigung des Silberpreises zu machen, damit nicht erreicht werde. Der Antrag Neustadt liefe auf eine Regalirung oder Monopolisirung des Handels in Feinsilber hinaus, und zwar für die ganze Welt. Dieser Antrag ist vom Antragsteller selbst zurückgezogen und von der ganzen Kommission als unausführbar bezeichnet worden. Nach dem Antrag Arendt endlich sollen die Staaten die gesammte Silberproduktion während eines fünfjährigen Zeitraumes für gemeinsame Rechnung zu einem im Voraus festzusetzenden Preise anfallen, die Silberbarren in Depot nehmen und darauf Zertifikate ausgeben, welche von allen diesen Staaten zu einem jährlich festzusetzenden Preise in Gold an- und verkauft und als gesetzliche Noten erklärt werden. Der Preis des ersten Vertragsjahres soll der Minimalpreis sein, und im Falle einer Erhöhung des Vertragspreises darf der Preis nicht wieder unter den erhöhten Preis herabgesetzt werden. Bei etwaiger Auflösung des Vertrags soll eine Vertheilung des im Depot befindlichen Silbers unter die Vertragsländer nach einem bestimmten Plane stattfinden. Dieser Antrag ist von den Vertretern der Goldwährung als ein überaus gefährliches Experiment, gewissermaßen als die Bildung einer Art von Hauffelkonfession für Silber bezeichnet worden und auch die Hauptvertreter des Bimetallismus, wie insbesondere die Herren Leuchner und v. Kardorff haben den Antrag für sehr bedenklich erklärt und es abgelehnt, sich an der Diskussion desselben zu betheiligen. Die Herren Königs und Lexis, die eine gewisse Mittelstellung in der Währungsfrage einnehmen, haben sich gegen diesen Antrag Arendt ebenfalls erklärt, mit der Motivirung, daß derselbe ganz unausführbar sei, so daß außer dem Antragsteller selbst nur die Herren v. Schalscha und Willing denselben, wenn auch mit Vorbehalt, befürworten könnten. Also auch dieser letzte positive Vorschlag ist von der überwiegenden Mehrheit als unausführbar und nicht zum Ziele führend bezeichnet worden. Die Ansichten der außerdem vernommenen Sachverständigen der Geologie und Bergtechnik in Bezug auf die muthmaßliche Zukunft der Gold- und Silberproduktion gingen naturgemäß auseinander. Die Mehrzahl der Sachverständigen hielt jedoch ein Fortbauen, ja selbst eine Steigerung der jetzigen Goldproduktion für durchaus wahrscheinlich.

Nach der endgiltigen Zusammenstellung beläuft sich die Isteinnahme an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchsteuern für das Jahr 1893/94 auf 607 369 870 M. oder 12 534 182 M. weniger als im Vorjahre. Die Zölle weisen ein Minus von 23,3, die

Tabaksteuer ein solches von 0,3, die Zuckermaterialsteuer von 14,9 und die Branntweinmaterialsteuer von 0,6 Millionen auf. Dagegen haben ein Mehr ergeben: die Zuckersteuer von 20,5 Millionen, die Salzsteuer von 1,0, die Branntweinverbrauchsabgabe von 4,3 und die Brausteuer von 0,8 Millionen. Was andere Einnahmequellen betrifft, so hat die Börsensteuer noch 0,6 Millionen weniger als im Vorjahre ergeben, die Post- und Telegraphenverwaltung dagegen 9,8 und die Reichseisenbahnverwaltung 3,1 Millionen mehr als im Vorjahre. Darnach beträgt also die Summe der Mindereinnahmen 39,7, diejenige der Mehreinnahmen aber 38,2 Millionen Mark.

Gestern sind die am Donnerstag eröffneten Verhandlungen des Kolonialraths zu Ende gegangen. Zunächst tagte Vormittags der Ausschuß zur Vorberathung der Grundbuchordnung für Deutsch-Ostafrika. Am Nachmittag trat das Plenum zusammen; dasselbe nahm die Grundbuchordnung wesentlich nach dem durch die Kommission veränderten Entwurfe an. Hierauf wurde die Anregung zu Anträgen gegeben, die sich mit der Hebung des Verkehrs in und mit den Kolonien, sowie mit der Schiffsverbindung beschäftigten. Schließlich wurde der Kolonialrath bis zum Herbst vertagt.

Italien.

Rom, 10. Juni. Die italienische Ministerkrise dauert in die neue Woche hinein. Crispi setzte seine Verhandlungen mit politischen Persönlichkeiten fort; ein Ergebnis ist jedoch bis jetzt nicht zu verzeichnen. Neben der Ministerkrise nehmen die Beschuldigungen, die in dem Prozeß Tanlongo gegen den Amtsvorgänger Crispi's, Herrn Giolitti, gerichtet worden sind, und Aufmerksamkeit in Anspruch. Die in den letzten Tagen in dem Prozeß der Banca Romana abgegebenen Zeugenaussagen, nach denen während der Hausdurchsuchungen bei den Angeklagten verschiedene für politische Persönlichkeiten kompromittirende Schriftstücke beseitigt worden seien, hat einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Die Presse erörtert die Angelegenheit lebhaft und die äußerste Linke der Deputirtenkammer möchte den Gegenstand agitatorisch ausbeuten; in dieser Absicht soll sie entschlossen sein, an der Forderung, daß in diese Vorgänge volles Licht gebracht und der ehemalige Ministerpräsident Giolitti zur Verantwortung vor die Gerichte gezogen werde, unerschütterlich festzuhalten. Giolitti hat inzwischen an seine Wähler in Dronero einen offenen Brief gerichtet, in dem er den auf ihn gefallenen Verdacht zu widerlegen sucht. Er erklärt es als Verleumdung, Geld von Tanlongo genommen und die Beiseiteschaffung von Papieren veranlaßt zu haben; nur behufs Entdeckung etwa versteckter, ungesetzlicher Banknotennengen habe er Bericht über die Hausdurchsuchungsergebnisse eingefordert. Ein römisches Telegramm der „Münchener Neuesten Nachr.“ hebt hervor, daß Giolitti's Ablehnung der im Bankprozeß gegen ihn laut gewordenen Anklagen in den meisten Punkten den Eindruck der Wahrheit mache. Als Ministerpräsident ist freilich Giolitti gegenwärtig nicht möglich.

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Zwei wichtige kolonialpolitische Angelegenheiten bildeten die Hauptgegenstände der gestrigen Ministerialberathung. Der Minister der Kolonien, Delcassé, wurde ermächtigt, in der Kammer 1 800 000 Franken für den Schutz der französischen Interessen in Afrika zu verlangen. Noch in der gestrigen Kammer Sitzung brachte der Kolonialminister diese Kreditforderung in der Kammer ein, wo sie an die Budgetkommission verwiesen wurde. Es handelt sich bei der Forderung bekanntlich um eine Demonstration gegen den Kongostaat, dem die Franzosen beweisen wollen, daß sie nöthigenfalls ihre Rechte mit den Waffen in der Hand verteidigen würden. Indessen ist die Streitfrage wegen des Vertrags zwischen England und dem Kongostaat bereits Gegenstand diplomatischer Erörterungen zwischen den betheiligten Mächten geworden; so wird der französische Major Monteil, der mit ausgebreiteten Vollmachten an den Kongo gehen soll, um, von starken Truppenabtheilungen unterstützt, die Rechte Frankreichs zu wahren, wohl keine Gelegenheit erhalten, dort Vorbeeren zu pflücken. Die zweite koloniale Frage, mit welcher der französische Ministerrath sich gestern beschäftigte, betraf die Pacifikation Dahomehs. Der Marineminister erklärte, er könne auf Grund einer Unterhaltung mit dem General Dodds mittheilen, daß in Dahomeh die militärischen Operationen nunmehr beendet seien; das Land sei vollständig beruhigt, die Einnahmen stiegen. Es scheint in Dahomeh also den Franzosen mehr nach Wunsch zu gehen als in Tonkin. Das Piratenwesen in Tonkin scheint unaussrottbar zu sein. Nach einer amtlichen Meldung aus Tonkin stieß eine Abtheilung von 130 Mann französischer Truppen am 30. Mai auf eine in der Nähe von Laofai

